

CDU-Ratsfraktion
FDP-Ratsfraktion

Drucksache 3771/2020-2025

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Bielefeld, den 06.04.2022

„Respekt vor Soldatinnen und Soldaten stärken“ Antrag zur Sitzung des Rates am 07.04.2022

Angelehnt an den am 24.03.2022 im Landtag NRW einstimmig bei Enthaltung der Grünen gefassten Beschluss, beantragen wir unter TOP 5.2 „Stärkung der Bundeswehr“ folgenden Beschlussvorschlag zu behandeln:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Wahrnehmung von Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit ist zu stärken. Denn die Angehörigen der Bundeswehr sind „Staatsbürger in Uniform“, die die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder Staatsbürger haben, jedoch den Werten und Normen des Grundgesetzes besonders verpflichtet sind. Sie ist eine Parlamentsarmee, der mehr Wertschätzung entgegengebracht werden muss. Deshalb sollen Gelöbnisse und Verabschiedungsbeziehungsweise Begrüßungsappelle in den Auslandseinsatz nicht hinter Kasernenmauern, sondern auch in Bielefeld in der Mitte der Gesellschaft auf öffentlichen Plätzen, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Politik durchgeführt werden.
2. Die Stadt Bielefeld würdigt respektvoll den Einsatz verstorbener Soldatinnen und Soldaten. Hierzu sind Richtlinien in einem Arbeitskreis zwischen Verwaltung und der Politik zu erarbeiten.
3. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr vermitteln seit Jahren als erfahrene und praxisnahe Referentinnen und Referenten über die Herausforderungen einer bündnisorientierten Sicherheitspolitik. Die Jugendoffiziere leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und gehen auf aktuelle (welt-)politische Ereignisse ein. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die Zusammenarbeit mit städtischen Bildungseinrichtungen insbesondere Schulen vereinfacht und ausgebaut werden kann. Einem Herausdrängen der Bundeswehr aus Schulen tritt der Rat der Stadt Bielefeld entschieden entgegen.

>

4. Patenschaften zwischen Bundeswehreinheiten und Kommunen vertiefen die Beziehungen zwischen Soldatinnen und Soldaten und lokaler Bevölkerung. Daher wird die Verwaltung gebeten, eine solche Patenschaft Bielefelds für eine Einheit der Bundeswehr zu prüfen.

5. Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit erfolgt in Nordrhein-Westfalen durch Kreisverbindungskommandos. Sie beraten die jeweiligen zivilen Krisenstäbe über die Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr im Hilfeleistungsfall. Die Verwaltung wird gebeten, die freiwillige Arbeit des Kreisverbindungskommandos Bielefeld, z.B. durch Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für Übungen, zu unterstützen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Nettelstroth
CDU-Ratsfraktion

Jasmin Wahl-Schwentker
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld